



HESSISCHER LANDTAG

05. 03. 2024

Plenum

Entschließungsantrag

Fraktion der CDU,**Fraktion der SPD****Die Ansiedlung der EU Anti-Geldwäschebehörde (AMLA) ist ein großer Erfolg und ein starkes Zeichen für den Finanzplatz Frankfurt**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die Entscheidung der EU-Kommission sowie des EU-Parlamentes zur Ansiedlung der EU-Anti-Geldwäschebehörde AMLA (Anti-Money Laundering Authority) in Frankfurt. Der Landtag hebt dabei das gemeinsame Engagement aller Ebenen, nämlich des Bundes, des Landes Hessen und der Stadt Frankfurt hervor. Dieser Einsatz war – neben vielen inhaltlich überzeugenden Punkten – eine wichtige Grundlage für die positive Entscheidung der Europäischen Union.
2. Der Landtag ist überzeugt, dass der Finanzplatz Frankfurt einzigartige Standortvorteile für die AMLA bereithält. Zu nennen ist hier beispielsweise die unmittelbare Nähe zur Europäischen Zentralbank, was wichtige Synergieeffekte ermöglicht. Weiterhin bietet das Rhein-Main-Gebiet mit über 250.000 Studenten, zahlreichen Informatikern, Bankern und Juristen sowie über 40 Forschungseinrichtungen und Universitäten einen großen Talentepool. Am Finanzplatz Frankfurt bestehen ferner enorme Erfahrungen bei der Ansiedlung europäischer und internationaler Institutionen, etwa dem SSM-Aufsichtsrat der EZB oder dem International Sustainability Standards Board (ISSB). Die Entscheidung für die Ansiedlung in Frankfurt wird daher das Funktionieren der AMLA vom ersten Tag an effizient gewährleisten.
3. Die AMLA wird im Finanzsektor besonders risikoreiche grenzüberschreitend tätige Institute direkt beaufsichtigen und auch bei anderen Instituten und im Nicht-Finanzsektor ergänzende Aufsichtsbefugnisse erhalten. Der Landtag ist daher überzeugt, dass die Ansiedlung der AMLA in Frankfurt zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen den nationalen Aufsichtsbehörden und der EU führen sowie die Effektivität bei der Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung erhöhen wird. Das Vertrauen in den Finanzsektor wird damit gestärkt, dies wird positive Auswirkungen auf die Wirtschaft und den Finanzplatz Frankfurt als internationaler Finanzstandort haben.
4. Der Landtag stellt daher fest, dass die Entscheidung zur Ansiedlung der AMLA mit ihren voraussichtlich 400 bis 500 Beschäftigten ein wichtiges und starkes Signal für den Standort Hessen und Deutschland sowie vor allem für den Finanzplatz Frankfurt darstellt. Dieser befindet sich in einem europäischen und weltweiten Wettbewerb mit internationalen Finanzplätzen. Der Landtag betont dabei die Bedeutung des Finanzplatzes Frankfurt für die hessische und auch deutsche Wirtschaft und damit auch die Notwendigkeit diesen weiterhin konsequent zu stärken und Belastungen zu vermeiden.
5. Der Landtag betont, dass ein innovativer, leistungsfähiger und global wettbewerbsfähiger europäischer und deutscher Finanz- und Kapitalmarkt für die Finanzierung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie, der nachhaltigen und digitalen Transformation der Gesellschaft sowie der Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unerlässlich ist. Es ist daher wichtig, dass sich die Akteure des Finanzplatzes regelmäßig mit den politisch handelnden Personen austauschen und sich gemeinsam für dessen Weiterentwicklung einsetzen. Die Ansiedlung der AMLA ist beispielgebend dafür, was mit einem gemeinsamen Vorgehen erreicht werden kann.

6. Der Landtag bekräftigt, dass weiterhin in finanzwirtschaftliche Fachkräfte, die auch auf dem internationalen Parkett benötigt werden, investiert und die akademische Infrastruktur gestärkt werden muss, um den Finanzplatz Frankfurt weiterzuentwickeln und auch in Zukunft europäisch und global eine starke Rolle zu spielen. Bereits heute bietet Frankfurt beispielsweise mit dem „House of Finance“, der „Frankfurt School of Finance & Management“ sowie dem „European Banking Institute“ ausgezeichnete Einrichtungen und gute Rahmenbedingungen. Diese gilt es stetig auszubauen.
7. Der Landtag betont die Bedeutung der sogenannten nachhaltigen Finanzen (Sustainable Finance) und stellt fest, dass Hessen eine international führende Rolle dabei einnehmen möchte. Auf dem internationalen Parkett wird es immer wichtiger, Aspekte der Umwelt, Soziales und Unternehmensführung in die Unternehmensstrategie zu integrieren und darüber transparent und nachvollziehbar zu berichten. In diesem Zusammenhang betont der Landtag die erfolgreichen Emissionen von zwei Nachhaltigkeitsanleihen und spricht sich dafür aus, dass mindestens eine weitere Nachhaltigkeitsanleihe ausgegeben wird, damit Hessen sich als regelmäßiger Emittent von Nachhaltigkeitsanleihen am Kapitalmarkt weiter etablieren kann.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 5. März 2024

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Tobias Eckert